Nr. 154. 48. Jahrgang Abend-Ausgabe Montag, 7. April 1919

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die ersten Maßnahmen der bayerischen Räterepublik.

Die Räterepublik Bayern.

Von [Nachdruck verboten.]

Bruno Stümke.

Nach den letzten Ereignissen in München und Augsburg war die Proklamierung der Räterepublik nicht mehr zweifelhaft. Mit rasender Schnelligkeit entwickelten sich die Dinge in der bayerischen Hauptstadt, die bis auf weiteres allein als der Herd des Radikalismus anzusehen ist, da in anderen Teilen des Landes, besonders in Nordbayern, der Widerstand gegen den Münchener Terror schon recht klare Formen angenommen und die bestimmte Formel: „Los von München!" gefunden hat. Der Uebertritt zum radikalen System konnte in München deshalb so schnell erfolgen, weil es dort an einem wirklich ernsten Widerstand fehlt. Das Bürgertum dort hat nicht den Mut aufgebracht oder war nicht imstande, seine Kräfte sammeln zu können, um in Gemeinschaft mit den verständigen Sozialisten dem Radikalismus ein Halt bieten zu können. In den letzten Tagen konnten die Kommunisten im Verein mit den ihnen befreundeten Unabhängigen eigentlich ohne Widerspruch für ihre Ideen nicht nur Propaganda machen, sondern auch ihre gewaltsame Durchsetzung vorbereiten. Was sich ihnen in den Versammlungen entgegenstellte, war nicht höher zu bewerten, als wie jede Redeschlacht. Die Gegner der Sowjetrepublik hatten keine Macht hinter sich. Das wußten nicht nur sie selbst, das wußten vor allem auch die anderen. Die Mehrheitssozialisten, die in Bayern immer seit Ausbruch der Revolution ein wenig radikaler dachten, sahen kein anderes Mittel ihrer Rettung, als mit den Kommunisten und Unabhängigen gemeinsame Sache zu machen; vielleicht hofften sie, dadurch den dem Abgrund zurollenden blau-weißen Wagen noch ein wenig bremsen zu können. Sie werden sich bald um diese Hoffnung betrogen sehen, und werden wohl schon in dieser Stunde eingesehen haben, daß sie mit ihrer politischen Auffassung nicht mehr durchdringen können. In Bayern herrscht der Kommunismus, sagen wir herrschen die Träger kommunistischer Gedanken, herrschen die Verkünder der Rätedoktrin und des bolschewistischen Schlagwortes. Sie werden ihre Macht gebrauchen, um alles in ihrem Sinne umzubilden, werden danach trachten, ihren Lehren zur Wirklichkeit zu verhelfen — sollte dabei auch ein Bayernreich (vorläufig ein Bayernreich) in Trümmer gehen.

Wird die Herrschaft der Diktatoren anhalten? Eine Frage, die gewiß nicht leicht zu beantworten ist. Das hängt nicht allein vom Lande Bayern ab, sondern sicher zum großen Teil auch von den Ereignissen im Reiche. In Nordbayern ist, wie gesagt, der Abscheu vor München groß, er wird vermehrt worden sein durch gewisse Drohungen, die von München an Nürnberg ergangen sind. Macht sich Nordbayern, wie es wiederholt erklärt hat, selbständig und gründet eine neue Frankenrepublik, so könnte tatsächlich Süddayern oder sogar nur München so etwas wie eine einsame Insel bilden. In diesem Falle wäre die Ausrufung der Räterepublik von geringerer, sagen wir, mehr literarischer Bedeutung. Vor allen Dingen bleibt abzuwarten, welchen Erfolg der Widerspruch der bisherigen Regierung hat. Der Erlaß des Ministerpräsidenten Hoffmann klingt jedenfalls sehr bestimmt, nur nicht in dem Punkte, der doch eigentlich nicht unwesentlich ist, nämlich wohin die frühere Regierung ihren Sitz verlegt hat. Sicher ist, daß sich die Räteregierung in ihren Erlassen keinen Zwang antun wird. So hat sie bereits ein Kapitalsenteignungsgesetz in Angriff genommen, das so ziemlich das radikalste ist, was man sich denken kann. Alles Kapital über 10 000 Mark verfällt dem Staat, das dieser mit drei oder vier Prozent verzinst. In ihrer Proklamation: „An das Volk in Bayern" ist mit einem Aufwand von Phrasen gearbeitet, der ein Bild von der naiven politischen Denkungsart ihrer Verfasser gibt. Sie lösen nicht nur unverzüglich das System der Bureaukratie auf, sondern sozialisieren auch den Handel und die Presse. Sie gründen weiter sofort eine Rote Armee und erklären den 7. April als einen Nationalfeiertag, hoffen auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit (deren Mehrheit sie ihrer Habseligkeiten und ihrer persönlichen und gedanklichen Freiheit berauben) und rufen alle Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Dann wollen sie zu Taten schreiten und sofort in brüderliche Verbindung mit den russischen und ungarischen Völkern treten. Die Reichsregierung kriegt den Fußtritt. Damit hoffen die Schwabinger Herren die neue Weltordnung eingeführt zu haben oder einführen zu können. Was sich praktisch solchem phantastischen Wollen entgegenstellt, wird die nächste Zukunft zeigen.

Daß die Begeisterung für die Sowjetrepublik sehr weit über Münchens Stadtgrenzen hinausgeht, ist kaum anzunehmen. In den Proklamationen und Aufrufen der neuen Republik ist zwar immer neben den Arbeiter- und Soldatenräten auch von den Bauernräten die Rede; dabei ist wohl aber mehr der Wunsch der Vater des Gedankens. Ob die bayerische Bauernschaft in Wahrheit sich den neuen Staatsformen mit solcher Begeisterung anpassen wird, darf man mit gutem Grund bezweifeln. Der bayerische Bauer ist Herr seiner Scholle, er hat unter dem Großgrundbesitz nicht zu leiden, und ist vielleicht weit mehr mit seinem bäuerlichen Besitz verwachsen, als der norddeutsche oder mitteldeutsche Bauer. Man kann daher, soviel in diesen Zeiten überhaupt noch Vermutungen geäußert werden dürfen, annehmen, daß er an einem Kommunismus wenig Freude haben wird. Der Grundbesitz in Bayern verteilt sich etwa folgendermaßen: 4 Prozent der Landwirte bewirtschaften unter 2 Hektar, 12,9 Prozent bewirtschaften 2 bis 5 Hektar, 52,1 Prozent 5—20 Hektar, 28,8 Prozent 20 bis 100 Hektar und nur 2,2 Prozent über 100 Hektar. Somit ist der Großagrarier, wie er in Ost- und Westpreußen und Pommern sich als Feind des kleinen Besitzers gezeigt hat, in Bayern eigentlich völlig unbekannt. Was noch dazu an Großgrundbesitz vorhanden ist, ist meist Waldbesitz, der für die bäuerliche Bewirtschaftung so gut wie untauglich ist. Wenn die bayerischen Bauern sich wirklich in einem radikal gesinnten Bauernrat zusammengefunden haben, so kann man nur annehmen, daß dies in Unkenntnis des wahren Gesichts des Kommunismus geschehen ist. Wenn aber nun all die schönen Worte Wirklichkeit werden sollen, wird mancher anderen Sinnes werden. Dann wird vielleicht eine Hungerblockade über München verhängt werden, wie schon mehrfach angedroht wurde.

Eine andere Frage, die von jedem sofort gestellt werden wird, ist die, welche Rückwirkung die Münchener Ereignisse auf Berlin haben können. Wir wollen auch hier nicht den Propheten spielen. Die Beratungen des zweiten Rätekongresses, der am 9. April beginnt, werden beeinflußt werden von der dritten Münchener Revolution. Aber selbst wenn der Rätekongreß radikal in seinen Entschließungen sein sollte, so ist damit dem Umsturz in Berlin noch lange nicht Tür und Tor geöffnet; denn hier sind die Widerstände doch ein wenig energischer als in München. Der Münchener Wahnsinn kann wegen der Friedensverhandlungen einen ungeheuren Schaden stiften. Kommen ähnliche Entschließungen auf dem Rätekongreß zustande, dann wird das Rätesystem überhaupt jeden Kredit verloren haben. Der Kampf ist angesagt, er muß ausgefochten werden.

* * *

Die Ausrufung der Räterepublik Bayern.

Die amtliche Mitteilung.

Der Beschluß über die Ausrufung der bayerischen Räterepublik, den wir schon im größten Teil unserer Morgenausgabe mitteilen konnten, wird das amtliche Bureau Hoffmann wie folgt bekannt gemacht:

„Telegramm an sämtliche Arbeiterräte! **Das werktätige Volk Bayerns** hat seine Parteiungen überwunden und sich zu einem mächtigen Einheitsblock gegen jede Herrschaft und Ausbeutung zusammengeschlossen. **Es übernimmt** in den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten **die ganze öffentliche Gewalt.**

Der Landtag wird aufgelöst. An die Stelle der Minister treten die Beauftragten und Kommissare des Volkes. In den öffentlichen Angelegenheiten herrscht vollkommene Ordnung. Die Wirtschaft und die Verwaltung werden fortgeführt. Alle Angestellten- und Beamtenverbände des Landes haben sich mit den Soldaten solidarisch erklärt und gewährleisten gemeinsam den Schutz und den Fortgang der Produktion.

Die Betriebe werden durch Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten kontrolliert und gemeinsam mit der Leitung verwaltet. Alles gehört der Gemeinschaft. Darum ist jede selbständige Sozialisierung ausgeschlossen.

Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte haben die Pflicht, überall für den Schutz der Räterepublik und für ruhige Entwicklung zu sorgen. Sie übernehmen die örtliche Gewalt und kontrollieren die Verwaltung. Sie sind dem werktätigen Volke für alle Handlungen und Unterlassungen verantwortlich.

Montag, den 7. April, ist Nationalfeiertag. Die Arbeit ruht an diesem Tage. Die Eisenbahnen, die Nahrungs-, Wasser-, Licht- und Heizbetriebe versorgen das Volk weiter.

Der revolutionäre Zentralrat Bayerns.
J. A.: Niekisch."

Der Zentralrat an das bayerische Volk.

Sozialisierung der Presse. — Gegen die Regierung Ebert-Scheidemann.

München, 7. April. (W. T. B.)

Der revolutionäre Zentralrat Bayerns veröffentlicht in der heutigen Morgennummer der „Münchener Neuesten Nachrichten" folgenden Aufruf an das Volk in Bayern:

„Die Entscheidung ist gefallen. Bayern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Bayerns, darunter auch unsere Brüder, die Soldaten, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, daß von nun an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muß. **Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist,** bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaftigen sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten, sozialistischen, kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte **Ministerium zurückgetreten.** Die von verantwortlichen Vertrauensmännern geführten Arbeiterräte erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete **außerordentliche Vollmachten.** Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein. Die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums zumal die unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Bayern aufgefordert. Das System der Bureaukratie wird aber unverzüglich aufgehoben. **Die Presse wird sozialisiert.** Zum Schutze der bayerischen Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von innen und von außen wird **sofort eine rote Armee gebildet.** Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. **Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verräterischen Regierung Ebert-Scheidemann-Noske-Erzberger ab,** weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistische, kapitalistische, militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreiches fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die bayerische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschiedes vom fluchwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April, in ganz Bayern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen.

Es lebe das freie Bayern! **Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!"**

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der Zentralrat der Räterepublik Bayerns hat beschlossen, daß die Arbeiter- und Bauernräte nach Berufen baldigst neu gewählt werden, daß eine Neuwahl der Soldatenräte gleichzeitig erfolgt, und daß im Anschluß daran **unverzüglich der Rätekongreß einberufen wird.** Wahltermin und Wahlordnung werden schleunigst veröffentlicht.

Die vorläufige Liste der Volksbeauftragten.

Die Stimmung im Lande. — Die Enteignung der Vermögen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

□ **München**, 7. April.

Maßgebend für die Stellungnahme der Mehrheitssozialdemokratie, die bei der Entscheidung ausschlaggebend ins Gewicht fiel, war die Erwägung, daß die Räterepublik unvermeidlich sei und daß ferner der Umstand, wenn die Mehrheitssozialdemokraten nicht mitgemacht hätten, die Kommunisten in spätestens acht Tagen, wie man auf dem südbayerischen Gautag sagte, jedenfalls aber in kürzester Frist die Räterepublik ausgerufen und die Herrschaft an sich zu reißen versucht haben würden.

Aus den letzten Berichten war schon zu ersehen, inwieweit große Teile der Massen der Mehrheitssozialdemokratie sich radikalisiert hatten. Die Führer, die früher das Vertrauen genossen und den Zug nach links nicht mitmachen wollten, hatten einfach den Zusammenhang mit den Massen verloren und waren von ihnen desavouiert worden. So kam es, daß die Mehrheitssozialisten, geführt von jungen vorwärtsdrängenden Führern, über die Köpfe der alten Führer hinweg alle demokratischen Grundsätze verleugneten.

Was die Beamtenschaft angeht, so stellt sich der radikalere Teil der unteren Beamtenschaft der Räterepublik tätig zur Verfügung. In allen bayerischen Orten sind Telegramme angeschlagen, die die Staats- und Gemeindebeamten auffordern, weiterhin ihre Pflicht zu tun. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sollen sofort in Fühlung mit der Beamtenschaft treten. Die örtlichen Räteorganisationen übernehmen den Schutz derjenigen Beamten, die ihre Pflicht weiter tun. Die Beamtenschaft soll für die Räterepublik gewonnen werden. Wie weit sie als Ganzes dem Rufe Folge leisten wird, läßt sich noch nicht übersehen. Doch muß man schon damit rechnen, daß die Beamtenschaft nicht politische Gesichtspunkte, sondern das Wohl des Ganzen voranstellen und sich bereit erklären wird, auch an der Räterepublik mitzuarbeiten. Wie weit die Vorbereitungen getroffen sind, geht daraus hervor, daß man schon

eine Ministerliste vorbereitet,

das heißt, Volksbeauftragte, die vom Zentralrat eingesetzt und vom neuen Rätekongreß bestätigt werden sollen. Die leitenden Staatsmänner sollen nach dieser höchst unverbindlichen Liste folgendermaßen heißen:

Für Aeußeres: Dr. Mühlon, der schon einmal dafür ausersehen war, aber seinerzeit ablehnte. Auch diesmal kommt er kaum ernsthaft in Betracht. Inneres: Segitz, der bisherige Minister für Inneres von der Mehrheitssozialdemokratie. Segitz äußerte, er werde auch in der Räterepublik mitarbeiten, wenn seine Partei es erlaube. Justiz: Dr. Böheim (Kommunist). Finanzen: Dr. Jaffé. Handel: Simon, der bisherige Handelsminister. Sozialisierung (neues Ministerium): Dr. Neurath, der bisherige Direktor im Zentralwirtschaftsamt. Kultus: Nietisch, der Präsident des Zentralrates. Landwirtschaft: Steiner von den Bauernbündlern, der bisherige Landwirtschaftsminister. Verkehr: der bisherige Verkehrsminister Frauendorfer. Für militärische Angelegenheiten wird der Mehrheitssozialist Schneppenhorst genannt, mit dem die Soldatenräte am liebsten arbeiten, aber es hat sich gegen ihn auch die schärfste Opposition erhoben. Für Volksaufklärung (neues Amt) ist Gustav Landauer, der anarchistisch-philosophische